



Ein Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Schöpfung und globale Gerechtigkeit zählen zum Kern des christlichen Auftrags. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort?

Folgende Optionen können dem kommunalpolitischen Engagement eine christliche Orientierung geben:

2. Option für eine wertorientierte Kultur des Miteinander

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander: Wird jede(r) wertgeschätzt und akzeptiert? Werden Meinungsverschiedenheiten fair ausgetragen? Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich auch an der Kultur des Feierns- und nicht zuletzt darin, welche Sterbe- und Be-stattungskultur vorherrscht.

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigt werden und das Miteinander der Generationen gefördert wird.
- unterschiedliche Lebensstile, Religionen und Kulturen sich gegenseitig wertschätzen und das Zusammenleben gefördert wird.
- christliche Feste und Traditionen geachtet und gepflegt werden.
- die Sonntage als Tag der Ruhe, Besinnung und Familie auch dadurch herausgehoben werden, dass sie verkaufsfrei bleiben.
- Krankenhausbesuchsdienste und die Sterbebegleiter (innen) von Hospizgruppen Unterstützung und Anerkennung erhalten.
- Krankenhäuser Palliativstationen einrichten.

7. Option für eine gemeinwohlorientierte Politik und Infrastruktur

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zielen: die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, hohe Qualität und Versorgungssicherheit, angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele, kreative Mobilitätskonzepte, Nahversorgung, Dienstleistungen sowie Gesundheitsversorgung.

Dazu gehört auch, dass öffentliche Güter öffentliche Güter bleiben.

Apfelbach, 30.03.2014



Verband Katholisches Landvolk e. V.
Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart
Telefon: (0711) 9791-118, Fax: (0711) 9791-152
E-Mail: vkl@landvolk.de, Internet: www.landvolk.de

CHRISTLICHE OPTIONEN FÜR DIE KOMMUNALPOLITIK

Eine Auswahl an Themen und Handlungsfeldern

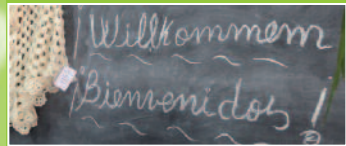


1. Option für Familien

Es ist wichtig, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Familien sind durch Planungen und Umsetzungen in den Bereichen, Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales betroffen. Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetze tragen zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Es ist wichtig, diese und weitere Initiativen zu stärken.

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- alle Beschlüsse auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden.
- in Bebauungsplänen an ausreichend Wohnraum für junge Familien gedacht wird.
- bei der Vergabe von preisgünstigem Bauland die Zahl der Kinder neben anderen Kriterien eine hervorgehobene Rolle spielt.
- ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, z.B. Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, verlässliche Schulzeiten.
- Räume für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden zu deren eigenverantwortlichen Nutzung.
- es Beteiligungsmöglichkeiten für Familien gibt.



3. Option für die Armen und Benachteiligten

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Vor allem diejenigen Menschen sind in den Blick zu nehmen, die übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- soziale Beratungsdienste für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke und Suchtkranke gefördert werden.
- Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen werden.
- Schulsozialarbeit an unseren Schulen eingeführt wird.
- Menschen persönlich begleitet werden, die Rat und Unterstützung benötigen (z.B. durch Ausbildungspatenschaften, Demenzpatenschaften).
- Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden (durch die Bildung von Integrations-Klassen in Kindergarten und Schule).
- Vereine ihre Rolle für die „Integrationsarbeit“ ernst nehmen.

4. Option für die Schöpfung

Die Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen (Prinzip der Nachhaltigkeit).

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und deren Dienstleistungen genutzt werden.
- dass das Energiemanagement in der Kommune auf den Prüfstand gestellt wird.
- bei der Ausweisung von neuen Baugebieten dezentralen Energiekonzepten Vorrang gegeben.
- die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung hat.
- bei öffentlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden.
- Anreize zur Nutzung regenerativer Energien geschaffen und in öffentlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden.
- bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird.
- Regionalentwicklung stärker in den Blick genommen wird.

5. Option für die Eine-Welt

Einerseits wächst die Welt immer mehr zusammen, zugleich spaltet sich die Welt aber immer mehr. Der Glaube an Gottes Gerechtigkeit drängt dazu, sich nicht damit abzufinden. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf der lokalen Ebene von Kirchengemeinden und Verbänden tragen zu einer weltweiten Lerngemeinschaft bei.

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und aus den Erfahrungen heraus politisch handeln (z.B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen).
- Kampagnen und Netzwerke, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (z.B. Erlassjahr, Kinderarbeit) aktiv unterstützt werden.
- der Faire Handel, faire Beschaffung sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden.
- durch Bildungsarbeit über die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert wird.

6. Option für eine Kultur der Verantwortung und Subsidiarität

Eine Gesellschaft ist vor allem dann zukunftsfähig, wenn Menschen sich beteiligen. Dazu müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Kommunalpolitiker können dafür eintreten, dass

- bei kommenden Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen kreative und angemessene Formen der Beteiligung genutzt werden.
- mit Feiern, Ehrungen, Bürgerpreisen oder Vergünstigungen im Freizeitangebot (z.B. Ermäßigung von Eintrittsgeldern etc.) das ehrenamtliche Engagement wertgeschätzt wird.
- Kinder und Jugendliche an kommunalen Prozessen und Entscheidungen beteiligt werden.
- Das Prinzip der Subsidiarität konsequent eingehalten wird.